

Rahmenvertrag

zwischen

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstraße 3A
12435 Berlin

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ bzw. „**AG**“ genannt -
und

[Unternehmen]

Straße
PLZ, Ort

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ bzw. „**AN**“ genannt -

- beide gemeinsam nachfolgend auch die „**Parteien**“ bzw. „**Vertragsparteien**“ genannt -
- oder allein nachfolgend die „**Partei**“ genannt -

Über

Lieferung von Elektronik- und Industriebedarf (C-Teile)
über einen E-Procurement-Katalog

PRÄAMBEL

Der Auftraggeber ist Betreiber und Eigentümer des Berliner Stromverteilungsnetzes und der dazugehörigen Netzanlagen. Der Auftraggeber betreibt mit mehr 1.800 Beschäftigten über 35.000 km Kabel, eine Vielzahl von Leitungen und Umspannwerken/Netzknoten sowie Netzstationen und versorgt darüber rund 2,43 Mio. Haushalts- und Gewerbekunden. Neben dem Betrieb des Verteilungsnetzes ist der Auftraggeber auch grundzuständiger Messstellenbetreiber im Netzgebiet.

Gegenstand der vom AG ausgeschriebenen Leistung ist die Lieferung von C-Teilen aus dem Bereich Elektronik- und Industriebedarf mittels Bestellabwicklung über einen E-Procurement-Katalog für den laufenden Betrieb des AG. Unter Elektronik- und Industriebedarf (C-Teile) sind die Produkte und Produktkategorien gemäß Anlage 03_Leistungsverzeichnis_Preisblatt zu verstehen. Der AN liefert an diverse Standorte des AG im gesamten Stadtgebiet von Berlin einschließlich des Berliner Umlands innerhalb des Autobahnringes der Bundesautobahn 10 sowie der Stadt Velten.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Vertragsparteien was folgt:

TEIL I: ALLGEMEINE REGELUNGEN

ABSCHNITT 1: GRUNDLEGENDES

§ 1.1 AUSLEGUNGSGRUNDSÄTZE / ANWENDUNGSBEREICH

- (1) Bezugnahmen auf Dokumente gelten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, für die Dokumente in ihrer jeweils vereinbarten Fassung. Bezugnahmen auf diesen Rahmenvertrag schließen die Anlagen zu diesem Vertrag ein.
- (2) Die Formulierung „Vertrag“ schließt – soweit nicht abweichend benannt oder aufgrund des Sachzusammenhangs geboten – die auf Grundlage dieses Rahmenvertrags abgeschlossenen Einzelverträge ein.
- (3) Die Regelungen dieses Rahmenvertrags gelten für alle auf Grundlage dieses Vertrags abgeschlossenen Einzelverträge (Abrufe).

§ 1.2 VERTRAGSBESTANDTEILE / ERKLÄRUNG DES AUFTRAGNEHMERS

- (1) Maßgebend für das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien und insbesondere für die vereinbarten Leistungspflichten sind in absteigender Reihenfolge:
 1. dieser Vertrag,
 2. die Anlagen zu diesem Vertrag,
 3. die weiteren Unterlagen des Vergabeverfahrens (aufgelistet in dem als Anlage

- beigefügten Dokument „Übersicht Vergabeunterlagen“) einschließlich der Verfahrenskommunikation,
4. der Inhalt des finalen Angebots des Auftragnehmers im Vergabeverfahren zum Abschluss des Vertrags (sofern nicht Gegenstand von vorstehenden Ziffern),
 5. die protokollierten Verhandlungsergebnisse.
- (2) Bei etwaigen Widersprüchen oder Unklarheiten gelten zunächst die vorstehend in Abs. 1 genannten Vertragsbestandteile in absteigender Reihenfolge, im Übrigen die jeweils sachnähere Regelung im Einzelfall; lässt sich diese nicht eindeutig ermitteln, bestimmt der Auftraggeber die anzuwendende Regelung unter Berücksichtigung des Sinns und Zwecks des gesamten Vertrags einschließlich aller Anlagen sowie dem mutmaßlichen Willen der Parteien. Etwaige Vorverträge, unter Abs. 1 nicht aufgeführte Unterlagen, sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrags, insbesondere allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, sind nicht Vertragsbestandteil, wenn sie nicht ausdrücklich vereinbart wurden. Dies gilt auch dann, wenn vom Auftragnehmer bei dem Abruf von Leistungen auf der Grundlage dieses Vertrags (etwa in einer Auftragsbestätigung oder Bestellannahme) auf Geschäftsbedingungen Bezug genommen wird und der Auftraggeber diesen nicht ausdrücklich widerspricht.
- (3) Der Auftragnehmer hat sämtliche Vertragsbestandteile vor Vertragsschluss geprüft und erklärt, dass ihm darin keine Widersprüche, Unklarheiten oder Unvollständigkeiten bekannt sind. Sofern dem Auftragnehmer Widersprüche, Unklarheiten oder Unvollständigkeiten bekannt werden, hat er darauf unverzüglich hinzuweisen. Die vorstehenden Pflichten gelten entsprechend für alle Vertragsbestandteile/Anlagen, die nach Vertragsschluss erstellt oder geändert werden, ab dem jeweiligen Zeitpunkt ihrer Erstellung oder Änderung.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass ihm sämtliche für die Leistungserbringung relevanten Informationen bekannt sind bzw. er sich ausreichend über diese informiert hat. Er erklärt, dass die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen und Angaben ausreichen, um sämtliche relevanten Aspekte der Leistungserbringung korrekt zu erfassen, so dass jegliche Mehr- oder Nachforderungen ausgeschlossen sind, wenn sich herausstellen sollte, dass Annahmen des Auftragnehmers falsch waren.

§ 1.3 LEISTUNGSGEHALT DES VERTRAGS

- (1) Der Leistungsinhalt bestimmt sich nach Maßgabe dieses Vertrags einschließlich der Vertragsteile (vgl. hierzu insbesondere Teil II des Vertrags). Der Leistungsinhalt ergibt sich ferner aus den Vergabeunterlagen, insbesondere aus den Anlagen Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis_Preisblatt und aus dem endgültigen Angebot des Auftragnehmers
- (2) Dieser Vertrag bildet die Grundlage für die Erbringung von Leistungen durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber im Wege von Einzelverträgen (vgl. Teil II).

- (3) Die vertraglich festgelegten Leistungen umfassen auch ohne ausdrückliche Regelung solche Leistungen, Funktionen, Prozesse und Verantwortlichkeiten, die zur fachmännischen und ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderlich sind, sowie üblicherweise als Teil der beschriebenen Leistungen erbracht werden.

§ 1.4 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

- (1) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen entsprechend der in den Vergabeunterlagen sowie diesen Vertragsbedingungen getroffenen Festlegungen vollständig und fachgerecht zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer übernimmt als umfassend erfahrener, sachverständiger und fachkundiger Unternehmer alle Leistungen, die zur rechts- und genehmigungskonformen, termingerechten, kompletten funktionstauglichen und zweckentsprechenden Erbringung des beauftragten Liefer- und Leistungsumfangs erforderlich sind. Sofern und soweit nicht anders vereinbart, ist der Auftragnehmer für die Leistungserbringung allein verantwortlich; er hat die für die Erbringung der Leistungen notwendigen und geeigneten sachlichen und personellen Ressourcen zu beschaffen und bereitzustellen. Er ist verpflichtet die Handelsbräuche, die allgemein anerkannten Regeln der Technik, sowie die gesetzlichen und ggf. geltende behördliche Vorschriften zu beachten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der aufgrund dieses Vertrags festgelegten Termine. Hält der Auftragnehmer einen Termin nicht ein, kommt er ohne Mahnung in Verzug, wenn der Termin nach dem Kalender bestimmt ist.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber erkennbar werdende Termingefährdungen unverzüglich nach Bekanntwerden in Textform mitzuteilen und in Abstimmung mit ihm Maßnahmen zu ergreifen, um Verzögerungen möglichst zu vermeiden. Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich nach dem Eintritt einer Terminüberschreitung hierüber zu informieren und in Abstimmung mit dem Auftraggeber Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verzögerungen möglichst zu minimieren.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen.
- (6) Die Leistungserbringung des Auftragnehmers erfolgt neutral sowie transparent und nicht durch Dritte beeinflusst.
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer der Beauftragung, die im Vergabeverfahren geforderte und nachgewiesene Eignung aufrecht zu erhalten; der Auftraggeber ist berechtigt, entsprechende Nachweise zu fordern (z.B. die Vorlage

bestehender oder aktualisierter Zertifikate)

- (8) Der Auftragnehmer darf, soweit nicht anders vereinbart, Beistellungen des Auftraggebers nur zur Erfüllung der Leistungen dieses Vertrags nutzen. Die Verwendung der Beistellungen für andere Zwecke oder zugunsten Dritter sowie die Zurverfügungstellung und sonstige Gebrauchsüberlassung von Beistellungen des Auftraggebers an Dritte ist unzulässig.

§ 1.5 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

- (1) Der Auftraggeber ist bei ordnungsgemäßer Leistungserbringung verpflichtet die vereinbarte Vergütung zu zahlen.
- (2) Der Auftraggeber ist zu Mitwirkungsleistungen verpflichtet, die seiner Verantwortungs- und/ oder Rechtssphäre zuzuordnen sind, insbesondere wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer, in jenem Umfang wie dies für die Leistungserbringung erforderlich ist,
 - a) Informationen nach Maßgabe der als **Anlage** beigefügten Leistungsbeschreibung, Leistungsverzeichnis_Preisblatt, Technischen Beschreibung / Spezifikation des Auftraggebers (nachfolgend einheitlich „**Leistungsbeschreibung**“) zur Verfügung stellen,
 - b) Zugang zu der relevanten informationstechnischen Infrastruktur sowie Zugang zu seinen Räumlichkeiten/Liegenschaften und Mitarbeitenden gewähren.

§ 1.6 UNTERAUFTRAGNEHMER

- (1) Sofern der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzen will, ist dies nur in jenem Umfang zulässig, wie dies im Vergabeverfahren zugelassen wurde. Im Übrigen dürfen Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung nur nach vorheriger schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers eingesetzt werden. Der Auftraggeber darf die Einwilligung insbesondere dann verweigern, wenn Zweifel an der Eignung, Zuverlässigkeit oder Leistungsfähigkeit gegeben sind oder andere sachliche Gründe bestehen, die geeignet sind, die Leistungserbringung oder den Leistungserfolg zu beeinträchtigen. Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber zur Auskunft, insbesondere zum Nachweis und zur Vorlage von Unterlagen und Informationen verpflichtet. Eine vollständige Übertragung der Vertragsleistungen auf Unterauftragnehmer ist ausgeschlossen.
- (2) Auch im Falle des zulässigen Einsatzes von Unterauftragnehmern bleibt der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber vollumfänglich zur Leistungserbringung verpflichtet. Er steht gegenüber dem Auftraggeber allein für die ordnungsgemäße Erbringung der geschuldeten Leistungen ein. Der Auftragnehmer übernimmt die Betreuung, Koordination und Überwachung der Leistungen der Unterauftragnehmer aller Stufen.

- (3) Der Auftragnehmer hat Unterauftragnehmer zu verpflichten, alle für den jeweiligen Leistungsbestandteil relevanten Regelungen dieses Vertrags einschließlich der jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Im Falle der Unterauftragsvergabe durch Unterauftragnehmer (Unterauftragnehmerkette) gilt die Verpflichtung auf allen nachgelagerten Ebenen entsprechend. Insbesondere darf der Unterauftragnehmer seinerseits Leistungen nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers weitergeben. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung dieses Absatzes durch Abschluss entsprechender Verpflichtungen mit Unterauftragnehmern sicherzustellen und dies zu kontrollieren.
- (4) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Erfüllung der Verpflichtungen des Abs. 3 auf Anforderung nachweisen.

§ 1.7 AUFTRAGSÄNDERUNGEN

- (1) Der Auftraggeber kann unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grenzen und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes Änderungen des Leistungsumfanges vom Auftragnehmer verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Änderung aufgrund einer Anpassung an eine geänderte Rechtslage oder Rechtsprechung, geänderte technische Richtlinie, geänderte regulatorische Vorgabe, geänderte technische Rahmenbedingung oder aus unvorhergesehenen netzbetrieblichen Erfordernissen notwendig ist. Das Erfordernis einer Vertragsänderung nach den vorstehenden Sätzen 1 und 2 kann auch vom Auftragnehmer an den Auftraggeber herangetragen werden.
- (2) Der Auftragnehmer kann das Änderungsbegehren des Auftraggebers gem. Abs. 1 ablehnen, wenn es für ihn unzumutbar ist. Auf eine Unzumutbarkeit kann sich der Auftragnehmer in der Regel nicht berufen, wenn die Leistungserbringung möglich ist, für ihn keine Zusatzkosten zu erwarten sind oder der Auftraggeber bereit ist, dem Auftragnehmer eine angemessene Kompensation zu zahlen. Die Kompensation gilt als angemessen, wenn der Auftraggeber bereit ist, eine Vergütung auf Grundlage eines vereinbarten Vergütungssatzes (Mehrvergütungssatz) zu zahlen oder – sofern kein Vergütungssatz vereinbart wurde – eine marktübliche Vergütung zu zahlen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Angemessenheit der Kompensation zur Überprüfung durch ein Gericht zu stellen.
- (3) Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer über das Änderungsbegehren mindestens in Textform. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Änderungsverlangen innerhalb von 14 Tagen nach Zugang zu prüfen (einschließlich etwaiger Auswirkungen auf Kosten und Termine) und das Ergebnis (z.B. Änderungsangebot) mitzuteilen. Der Auftraggeber wird dann über die Annahme des Angebots und/oder die weiteren Schritte entscheiden.

ABSCHNITT 2: EINHALTUNG VON GESETZEN UND VORSCHRIFTEN

§ 2.1 EINHALTUNG VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND AG- REGELUNGEN

Der Auftragnehmer wird die vereinbarten Leistungen unter Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen, einschlägigen Sicherheitsvorschriften und in Übereinstimmung mit den ggf. geltenden berufsrechtlichen einschließlich berufsgenossenschaftlichen Vorgaben erbringen. Er wird dabei die erforderliche Sorgfalt wahren und die allgemein anerkannten Regeln der Technik anwenden.

§ 2.2 BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN NACH DEM BERLINER AUSSCHREIBUNGS- UND VERGABEGESETZ (BerlAVG)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der diesem Vertrag beigefügten **Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt“**, der Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderung“, der **Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen“** sowie der **Anlage „Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG“**

§ 2.3 VERHALTENSKODEX FÜR LIEFERANTEN

- (1) Der Auftraggeber ist gesetzlich verpflichtet, die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu erfüllen und in seiner Lieferkette angemessen zu adressieren. Die Umsetzung erfolgt im Verhaltenskodex für Lieferanten des Auftraggebers. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Lieferanten des Auftraggebers in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages geltenden Fassung einzuhalten.

Der Kodex des Auftraggebers ist einsehbar unter: <https://www.stromnetz.berlin/verhaltenskodex-lieferanten/>

- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Verhaltenskodex anzupassen, wenn dies aufgrund gesetzlicher Regelungen erforderlich ist. Dies bedarf der Zustimmung des Auftragnehmers, die er nicht treuwidrig verweigern darf.

§ 2.4 ÄNDERUNGEN VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND ARBEITGEBER-REGELUNGEN

Sofern der Auftraggeber nicht etwas anderes bestimmt und sofern keine wesentliche Änderung von Leistungspflichten vorliegt, gelten Änderungen von gesetzlichen Anforderungen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens; Änderungen von Auftraggeber-Regelungen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens und der Mitteilung des Auftraggebers an den Auftragnehmer über den Inhalt der geänderten Auftraggeber-Regelung. Liegt eine wesentliche Änderung vor, sind die Vertragspartner verpflichtet zu prüfen, ob

und inwieweit eine vertragliche Regelung getroffen werden kann, die sowohl der Rechtslage als auch dem Zweck dieser Rahmenvereinbarung entspricht; die Änderung des Vertrags richtet sich in diesem Fall nach der Regelung „Auftragsänderungen“ dieses Vertrags.

ABSCHNITT 3: VERGÜTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN

§ 3.1 VERGÜTUNG

- (1) Für die vom Auftragnehmer vertragsgemäß erfüllten Leistungen erhält der Auftragnehmer die vereinbarte Vergütung nach Maßgabe der in der **Anlage Leistungsverzeichnis_Preisblatt** vereinbarten Preise je Preisposition sowie der Preise anhand der festen Rabatte auf die Listenpreise des Auftragnehmers je Produktkategorie.
- (2) Bei den Preisen handelt es sich um Nettopreise, die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer ist hinzuzurechnen.
- (3) Mit der Vergütung sind sämtliche Vertragsleistungen nach Art, Inhalt, Funktion und Umfang sowie alle sonstigen Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers nach diesem Vertrag abgegolten (Leistungssoll). Erfasst sind insbesondere etwaige Kosten für die Lieferung „DPU“ Delivered at Place unloaded = geliefert benannter Bestimmungsort entladen. Nicht Teil der Vergütung sind hingegen zollrechtliche Abgaben, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften ausschließlich von dem Auftraggeber zu zahlen sind.
- (4) Die Preise sowie die Rabatte auf die Listenpreise des AN gemäß dem Leistungsverzeichnis_Preisblatt unterliegen keiner Änderung, insbesondere nicht auf Grund etwaiger Kostenänderungen. Der Auftragnehmer trägt aufgrund seiner Planungsverantwortung das Risiko, dass die von ihm kalkulierten und zu kalkulierenden Leistungen vollständig und richtig sind, um den geschuldeten Erfolg vollständig und rechtzeitig zu erreichen.

§ 3.2 PREISANPASSUNG

Abweichend von § 3.1 haben die Vertragsparteien das Recht, eine Anpassung der vereinbarten Konditionen zu verlangen, wenn bezüglich der vereinbarten Produkte die Beschaffungskosten des AN gestiegen bzw. gesunken und dadurch die Listenpreise des AN gestiegen bzw. gesunken sind. Die Preiserhöhung/-senkung ist auf den Anstieg bzw. Rückgang der Beschaffungskosten begrenzt.

Verlangt eine Vertragspartei eine Preiserhöhung bzw. -senkung ist der AN verpflichtet, den Anstieg bzw. Rückgang der Beschaffungskosten auf Anforderung des AG nachzuweisen bzw. zu belegen, insbesondere durch Offenlegung (open book) der bisherigen und geänderten Beschaffungskosten des AN.

Eine Preisanpassungsanpassung kann frühestens 12 Monate nach Vertragsbeginn sowie jeweils frühestens 12 Monate nach der letzten wirksam gewordenen Preisanpassung erfolgen. Ein Preisanpassungsverlangen ist mindestens 2 Monate vor dem beabsichtigten Wirksamwerden der Preisanpassung von den Vertragsparteien anzuzeigen.

§ 3.3 GUTSCHRIFTVERFAHREN

- (1) Die Abrechnung der Lieferungen aus dem E-Procurementsystem des Auftraggebers erfolgt mittels Gutschriftverfahren. Dabei werden alle Wareneingangsbuchungen, die bis zum 25. eines Monats (Stichtag) erfasst sind, berücksichtigt. Darüber erstellt der Auftraggeber eine Gutschriftenanzeige (Zahlungsavis) und versendet diese an den Auftragnehmer. Der Auftraggeber leistet die Zahlung innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug von Skonto nach dem Stichtag.

Gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 UStG hat der Gutschriftsempfänger die Möglichkeit, der Gutschrift zu widersprechen. Diese Widerspruchsmöglichkeit wird im gegenseitigen Einverständnis auf sechs Wochen nach Zugang der Gutschrift begrenzt. Danach gilt die Gutschrift im umsatzsteuerlichen Sinne als unwiderruflich. Für den Fall des Widerrufs hat der Auftragnehmer seinerseits unverzüglich eine Rechnung über die erbrachten Lieferungen bzw. sonstigen Leistungen zu erteilen. Es bleibt dem Auftragnehmer unbenommen, in berechtigten Fällen auch nach dieser Frist, eine Berichtigung der Gutschrift vom Auftraggeber zu verlangen, ohne dass die bestehende Gutschrift damit widerrufen wird. In diesen Fällen wird vom Auftraggeber eine neue Gutschrift erstellt.

Sollte der Auftragnehmer innerhalb von 12 Monaten nach Lieferung keine oder eine zu geringe Gutschrift erhalten und dies beim Auftraggeber nicht in Schrift- oder Textform angezeigt haben, so kann der Auftragnehmer später keine Forderung hieraus gegen den Auftraggeber stellen.

- (2) Die Bestell- bzw. Abruf- und Rahmenbestellnummer sind sowohl auf der Gutschriftenanzeige als auch dem der Ware beigelegten Lieferschein anzugeben.

ABSCHNITT 4: LAUFZEIT UND BEENDIGUNG

§ 4.1 LAUFZEIT DES VERTRAGS

- (1) Dieser Vertrag wird mit Zuschlagserteilung wirksam und hat hinsichtlich der Leistungserbringung (Produktivbetrieb) eine Grundlaufzeit vom 01.11.2026 – 31.10.2028.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, durch einseitige Erklärung, die spätestens 3 Monate vor dem Ende der Grundlaufzeit nach Absatz 1 bzw. – im Fall einer bereits erfolgten

Verlängerung bis spätestens 3 Monate vor dem Ende des Verlängerungszeitraums dem Auftragnehmer zugegangen sein muss, die Vertragslaufzeit für alle zu erbringenden Leistungen bis zu zwei Mal jeweils um zwei Jahre („Verlängerungszeitraum“), d.h. bis maximal 31.10.2032 zu verlängern. Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten im Verlängerungszeitraum unverändert fort.

- (3) Klarstellend halten die Vertragsparteien fest, dass Einzelabrufe auf der Grundlage des Vertrags bis zum letzten Tag der Laufzeit des Vertrages getätigt werden können. Daraus folgt, dass Einzelaufträge ggf. erst nach dem Ende der Laufzeit des Vertrages enden, wobei die Vorgaben dieses Vertrags bis zum Abschluss des letzten Einzelabrufs einzuhalten sind.

§ 4.2 KÜNDIGUNG

- (1) Die Vertragsparteien können diesen Vertrag sowie die darauf beruhenden Einzelverträge ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund kündigen.
- (2) Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der kündigenden Partei unter Berücksichtigung aller Umstände des betreffenden Falls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund aufgrund einer Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten, angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung mit Androhung der Kündigung zulässig, es sei denn, die Vertrauensgrundlage für die weitere Durchführung des Vertragsverhältnisses ist bereits durch die erstmalige Vertragspflichtverletzung derart erschüttert, dass sie auch durch die Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung nicht wieder hergestellt werden kann.
- (3) Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn
 1. der Auftragnehmer Personen, welche für den Auftraggeber mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat. Solchen Handlungen des Auftragnehmers stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden,
 2. der Auftragnehmer die Regelung zur Einhaltung der Vertraulichkeit dieses Vertrags verletzt,
 3. der Auftragnehmer ohne die schriftliche Zustimmung Leistungen aus diesem Vertrag an Unterauftragnehmer überträgt,

4. der Auftragnehmer oder ein von dem Auftragnehmer eingesetzter Unterauftragnehmer Eigentum des Auftraggebers oder von Dritten vorsätzlich beschädigt;
5. der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer einen Termin nicht einhält und dadurch die Durchführung des Vertrags gefährdet oder ein betriebliches Interesse des Auftraggebers schwerwiegend beeinträchtigt ist;
6. der Auftragnehmer eine wesentliche Leistung oder zugesicherte Eigenschaft nicht erbringt;
7. eine wesentliche Einschränkung der Bonität des Auftragnehmers vorliegt. Die Bonität des Auftragnehmers gilt insbesondere dann als wesentlich eingeschränkt, wenn
 - a) sich die Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder eines Sicherungsgebers (Bürge oder Garant) gegenüber dem aus dem jeweils letzten Jahresabschluss ersichtlichen Zustand wesentlich verschlechtert haben oder
 - b) die Gesellschafter des Auftragnehmers in einem Betrachtungszeitraum der Handelsbilanzen des Auftragnehmers von drei zusammenhängenden Jahren in mindestens zwei Jahren Eigenkapital oder eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistungen (z. B. Gesellschafterdarlehen) erbracht haben, um eine rechnerische und/oder bilanzielle Überschuldung des Auftragnehmers zu verhindern oder
 - c) nach den Umständen des Einzelfalls zu erwarten ist, dass der Auftragnehmer oder ein Sicherungsgeber des Auftragnehmers seinen Verpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt; eine solche Erwartung ist insbesondere dann berechtigt, wenn gegen den Auftragnehmer oder den Sicherungsgeber Zwangsvollstreckungsmaßnahmen eingeleitet sind oder werden, oder eine seitens des Auftraggebers eingeholte Auskunft einer allgemeinen im Geschäftsleben anerkannten Wirtschaftsauskunftei (z. B. Creditsafe, Creditreform) über die wirtschaftlichen Verhältnisse die Besorgnis zulässt, der Auftragnehmer oder der Garantiegeber werde den Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommen

und der Auftragnehmer oder Sicherungsgeber auf entsprechende Aufforderung des Auftraggebers keine angemessene Sicherheit gestellt hat, die zu einer angemessenen Absicherung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers zur Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag führt. Die Sicherheit gilt als angemessen, wenn sie den Anforderungen des Auftraggebers entspricht; der Auftragnehmer erhält ein betreffendes Muster auf Anforderung. Der Auftragnehmer ist jederzeit zur Auskunft über seine Vermögensverhältnisse einschließlich der Übersendung von Geschäftsberichten/Jahresabschlüssen bzw. von Wirtschaftsprüfern testierten Erklärungen verpflichtet.

8. die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags gefährdet ist, weil der Auftragnehmer seine fälligen Geldschulden (z. B. Auftragnehmer Lieferanten, Mitarbeiter, Sozialabgaben Auftragnehmer die Einzugsstellen) nicht erfüllen kann, er also zahlungsunfähig ist, und die Zahlungen ohne Rechtsgrund länger als die gesetzliche Insolvenzantragsfrist einstellt,
 9. der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer, Lieferant oder Eignungsverleiher einem Verbot der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, unterliegt;
 10. der Auftragnehmer gegen Eignungsanforderungen verstößt.
- (4) Die außerordentliche Kündigung kann nur binnen einer Frist von drei Monaten erklärt werden, nachdem die zur Kündigung berechtigte Partei Kenntnis vom Kündigungsgrund erlangt hat. Berechtigt die Gesamtbetrachtung einer Reihe von Ereignissen eine Partei zur Kündigung, so beginnt die Frist ab dem letzten dieser Ereignisse zu laufen.
- (5) Die gesetzlichen Rechte zur ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung bleiben für beide Parteien unberührt.

§ 4.3 SCHRIFTFORM, ADRESSAT, INHALT EINER KÜNDIGUNG

Eine Kündigung bedarf zu Ihrer Wirksamkeit mindestens jener Form, die die Vertragspartner für Vertragsänderungen festgelegt haben. Die Erklärung der Kündigung muss gegenüber dem anderen Vertragspartner, bei außerordentlicher Kündigung mit Angabe des wichtigen Grundes, erfolgen.

§ 4.4 KÜNDIGUNGSFOLGEN

Der Auftraggeber vergütet dem Auftragnehmer die bis zur Ausübung der Kündigung vertragskonform erbrachten (und sofern erforderlich abgenommenen) Leistungen. Bereits geleistete Zahlungen werden hierauf angerechnet. Im Übrigen bleiben gesetzliche Rechte des Auftraggebers unberührt.

ABSCHNITT 5: GEHEIMHALTUNG / DATENSCHUTZ / IT-SICHERHEIT

§ 5.1 VERTRAULICHKEIT

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Inhalt dieses Vertrags und alle im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Vertrags erhaltenen Informationen – insbesondere auch wirtschaftlich sensible Informationen gemäß § 6a EnWG – vertraulich zu behandeln. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die vertraulichen

Informationen vor der Einsicht durch Unbefugte geschützt werden. Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, alle mit der Ausführung dieses Vertrags befassten Personen, auch Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen sowie Unterauftragnehmer, schriftlich zur vertraulichen Behandlung aller vertraulichen Informationen zu verpflichten. Die Parteien vereinbaren, dass die Einhaltung der Vertraulichkeit der vorstehenden Sätze 1 und 2 nach Maßgabe der im Vergabeverfahren vom Auftragnehmer unterzeichneten Verschwiegenheitserklärung (**Anlage Formblatt 9**) einschließlich aller dort festgelegten Verpflichtungen auch im Hinblick auf die Vertragsausführung erfolgen soll (Einbeziehung in die Verschwiegenheitserklärung nach Formblatt 9). Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen.

- (2) Der Auftraggeber bleibt zur vertraulichen Behandlung solcher Informationen verpflichtet, die der Auftragnehmer im Rahmen seines Angebots als vertraulich gekennzeichnet hat. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftraggeber, den Inhalt dieses Vertrags und alle im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Vertrags erhaltenen vertraulichen Informationen (insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln. Dies gilt jedoch dann nicht, wenn der Auftraggeber aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung oder aufgrund von Transparenzpflichten des Landes Berlin zur Offenlegung verpflichtet ist oder dem Auftraggeber die betreffenden Informationen bereits rechtmäßig bekannt waren oder es sich um öffentlich bekannte Informationen handelt.
- (3) Ohne schriftliche Zustimmung ist es dem Auftragnehmer nicht gestattet, den Auftraggeber in Informations- und Werbeschriften oder als Referenz zu erwähnen. Dieses Verbot gilt ebenfalls für öffentliche Darstellungen und fotografische Aufnahmen aller Art, soweit es sich dabei um Anlagen, Aktivitäten und Ereignisse im Zusammenhang mit dem Leistungsgegenstand handelt. Davon ausgenommen sind Aufnahmen zum Zwecke der Dokumentation, unter Beachtung der Verpflichtung zur Vertraulichkeit.

§ 5.2 VERÖFFENTLICHUNG UND REFERENZEN

- (1) Unabhängig der getroffenen Regelungen zur Wahrung der Vertraulichkeit ist es dem Auftragnehmer grundsätzlich nicht gestattet den Namen und/oder das Firmenlogo des Auftraggebers zu veröffentlichen oder diesen als Referenz zu benennen. Dies gilt insbesondere für Kundgaben im Rahmen von Werbung auf der Firmenwebsite, Social-Media-Posts, Pressemitteilungen, Präsentationen und Testimonials. Gleichermaßen gilt diese Regelung für sämtliche Darstellungen, die das Eigentum des Auftraggebers betreffen. Ausdrücklich untersagt ist es insbesondere Anlagen, Liegenschaften und Bauprojekte des Auftraggebers zu nichtbetrieblichen Zwecken zu dokumentieren, zu fotografieren oder zu filmen und dies zu veröffentlichen oder an Dritte weiterzugeben.
- (2) Abweichend von Abs. 1 ist eine Veröffentlichung und/oder Benennung als Referenz gestattet, sofern der Auftraggeber dem vorab und schriftlich zustimmt. Der

Auftragnehmer hat entsprechende Anfragen rechtzeitig zu stellen und die schriftliche Zustimmung über das Funktionspostfach des Lieferantenmanagements (lieferantenmanagement@stromnetz-berlin.de) einzuholen.

- (3) Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, die erteilte Zustimmung einzuschränken oder zu widerrufen. In diesen Fällen sind bereits veröffentlichte Inhalte auf Verlangen des Auftraggebers zu korrigieren oder zu löschen.

ABSCHNITT 6: VERSICHERUNG & SICHERHEITEN

§ 6.1 VERSICHERUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflicht-/Produkthaftpflichtversicherung auf eigene Kosten zu unterhalten. Der Versicherungsschutz muss so gestaltet sein, dass die vertragsgegenständlichen Risiken des Auftragnehmers abgedeckt sind.
- (2) Das Bestehen der Versicherungen ist auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen.

ABSCHNITT 7: HAFTUNG

§ 7.1 HAFTUNG

- (1) Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber und Dritten für Schäden, die diesen von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung des Vertrags zugefügt wurden, sofern nicht abweichend vereinbart, nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Die Haftung des Auftragnehmers ist begrenzt auf das Doppelte des Auftragswertes. Die Haftungsbegrenzung gilt nicht bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit von Menschen, bei der Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz, hinsichtlich übernommener Garantien oder zugesicherter Eigenschaften, bei der Verletzung von Verpflichtungen nach den Besonderen Vertragsbedingungen des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes sowie bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (d.h. solcher Pflichten, die vertragswesentliche Rechtspositionen eines Vertragspartners schützen, die ihm der Vertrag nach seinem Inhalt und Zweck gerade zu gewähren hat; wesentlich sind ferner solche Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der andere Vertragspartner regelmäßig vertraut hat und vertrauen darf).
- (3) Der Auftragnehmer haftet für Erfüllungsgehilfen, Unterauftragnehmer, Lieferanten und Zulieferer, sowohl eigene als auch solche von Erfüllungsgehilfen usw., wie für

eigenes Verschulden. Die Möglichkeit zur Exkulpation für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 Satz 2 BGB ist ausgeschlossen.

§ 7.2 HÖHERE GEWALT

- (1) Die Vertragsparteien haften nicht für die Verletzung von Pflichten, soweit die Verletzung auf höherer Gewalt beruht. Höhere Gewalt betreffen (kumulativ) von außen kommende, keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisende, nicht voraussehbare und auch durch äußerste Sorgfalt nicht abwendbare Ereignisse, die auch nicht wegen ihrer Häufigkeit hinzunehmen sind; beispielsweise der unkontrollierte Ausbruch von Epidemien und Seuchen, Aufruhr, bewaffnete Konflikte, Arbeitskampf, Rohstoff- und Energiemangel, nicht vermeidbare Betriebs- oder Transportstörungen.
- (2) Will sich eine Partei auf einen Fall höherer Gewalt berufen, hat sie die andere Partei unverzüglich nach dem Eintritt des begründenden Ereignisses schriftlich über dessen Inhalt, Umfang und Auswirkungen sowie die voraussichtliche Dauer zu informieren.
- (3) Beruft sich der Auftragnehmer auf einen Fall höherer Gewalt, wird er sich im Rahmen des Zumutbaren um die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen und um die Vermeidung und Beseitigung der aufgetretenen Störung bemühen. Für eine schuldhaft Verletzung seiner Bemühenspflicht haftet der Auftragnehmer nach den Bestimmungen dieses Vertrag.

ABSCHNITT 8: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 8.1 AUFRECHNUNG UND ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT

Die Geltendmachung von Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechten des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

§ 8.2 ANWENDBARES RECHT

Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.

§ 8.3 VERTRAGSSPRACHE

Die Vertragssprache und die Sprache der Vertragsabwicklung einschließlich aller Serviceleistungen in Wort und Schrift ist deutsch.

§ 8.4 GERICHTSSTAND

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist der Sitz des Auftraggebers.

§ 8.5 ÄNDERUNGEN DES VERTRAGS

Änderungen oder Ergänzungen des Vertrags – einschließlich dieser Klausel selbst – bedürfen – sofern gesetzlich keine strengere Form vorgeschrieben ist - zu ihrer Wirksamkeit einer schriftlichen Vereinbarung, wobei neben der Schriftform die Unterzeichnung mit mindestens fortgeschrittener elektronischer Signatur zulässig ist.

§ 8.6 NEBENABREDEN

Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Werden mündliche Nebenabreden getroffen, werden sie erst mit schriftlicher Bestätigung wirksam.

§ 8.7 SALVATORISCHE KLAUSEL

Die etwaige Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrags berührt dessen Wirksamkeit im Übrigen nicht. In diesem Falle ist die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung einvernehmlich durch eine wirksame oder durchführbare Regelung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung soweit wie möglich entspricht. Dies gilt entsprechend für Vertragslücken.

§ 8.8 ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN ODER PFLICHTEN

Der Auftragnehmer darf Rechte oder Pflichten aus diesem Vertrag nur mit Zustimmung des Auftraggebers auf einen Dritten übertragen.

TEIL II: BESONDERE REGELUNGEN

ABSCHNITT 9: LEISTUNGSUMFANG / ABRUF

§ 9.1 ABRUF VON RAHMENVERTRAGSLEISTUNGEN

- (1) Bei den vom Auftragnehmer nach diesem Rahmenvertrag zu erbringenden Leistungen handelt es sich um Abrufleistungen, also um Leistungen, deren Ausführung der Auftraggeber jeweils gesondert vor der Lieferung beauftragen muss (im Folgenden als „Abruf“ bezeichnet). Jeder Abruf beinhaltet den Abschluss eines oder mehrerer Verträge entsprechend der Abrufmenge bzw. des Abrufgegenstands. Es besteht keine Abrufpflicht. Der Auftraggeber ist bis zum Erreichen des in der Leistungsbeschreibung genannte Höchstvolumen berechtigt, die betreffende Leistung beim Auftragnehmer abzurufen; § 132 GWB bleibt unberührt.
- (2) Der Abruf erfolgt auf elektronischem Weg über das e-Procurement System des AG.

Im Abruf sind vom Auftraggeber das Produkt und die Abrufmenge anzugeben.

- (3) Mit dem Eingang des Abrufs beim Auftragnehmer gelten die Regelungen dieses Vertrags für diesen Abruf als vereinbart. Der Auftragnehmer hat den Eingang des Abrufs nach Maßgabe der in Leistungsbeschreibung festgelegten Frist zu bestätigen.
- (4) Im Fall von mehreren Abrufen hat der Auftraggeber das Recht, bestimmte Abrufe zu priorisieren.

§ 9.3 INNOVATIONSKLAUSEL

- (1) Während der Laufzeit des Rahmenvertrags ist durch Zeitablauf sowie durch technologische Weiterentwicklung zu erwarten, dass insbesondere
 - a) vereinbarte Produkte bei den Herstellern nicht mehr lieferbar sind;
 - b) Nachfolgemodelle/Variationen der vereinbarten Produkte von den Herstellern auf den Markt gebracht werden.
- (2) Sollte der Auftragnehmer von einem Innovationstatbestand gem. vorstehendem Abs. 1 lit. a) – b) Kenntnis erlangen, ist er verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren.
- (3) Für den Fall, dass ein Innovationstatbestand gem. Abs. 1 lit. a) – b) eintritt, verpflichten sich der AN, Alternativprodukte zu den vereinbarten Konditionen zu liefern.

ABSCHNITT 10: LIEFERUNG

§ 10.1 LIEFERTERMINE

Der Liefertermin jedes Leistungsgegenstands bestimmt sich Maßgabe des jeweiligen Abrufs, ggf. unter Berücksichtigung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Fristen.

§ 10.2 LIEFERABWICKLUNG

- (1) Der Auftragnehmer liefert den Leistungsgegenstand an die im Abruf genannte Adresse in Berlin einschließlich des Berliner Umlands innerhalb des Autobahnringes der BAB10.
- (2) Die Parteien vereinbaren eine Bringschuld. Leistungs- und Erfolgsort ist die unter Abs. 1 genannte Adresse. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Lieferung „DPU“ Delivered at Place unloaded. Der Auftragnehmer hat den Leistungsgegenstand somit zum vereinbarten Lieferort zu transportieren, dort zu entladen und an den Auftraggeber zu

übergeben. Der Auftraggeber kann abweichend von vorstehendem Satz festlegen, dass die Entladung durch ihn selbst oder einen von ihm bestimmten Dritten erfolgt; in diesem Fall gilt die Bereitstellung zur Entladung als Übergabe. Der Auftragnehmer hat die Kosten sowie die Gefahren bis zur Übergabe zu tragen. Der Leistungsumfang des Auftragnehmers beinhaltet insbesondere auch die Verpackung des Leistungsgegenstands, die Be- und Entladung einschließlich der Bereitstellung der notwendigen personellen und sachlichen Hilfsmittel. Die Entgegennahme des Auftraggebers erfolgt, wenn die Ware entladen und dem Auftraggeber am vereinbarten Ort zur Verfügung gestellt wird. Dies stellt den maßgeblichen Zeitpunkt für den Gefahrübergang dar.

- (3) Der Auftragnehmer ist abweichend von der Unterauftragnehmerregelung dieses Vertrags berechtigt, sich zur Lieferabwicklung eines geeigneten und hinreichend qualifizierten Unterauftragnehmers seiner Wahl zu bedienen, ohne dass es einer ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung des Auftraggebers bedarf. Im Übrigen bleibt die Unterauftragnehmerregelung dieses Vertrags unberührt.
- (4) Der Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen. Dieser ist so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zur Bestellung bzw. zum Abruf erfolgen kann. Kann eine Lieferung aufgrund einer unzureichenden Kennzeichnung einer Bestellung nicht zugeordnet werden, ist der Auftraggeber zur Annahmeverweigerung berechtigt.
- (5) Grundsätzlich ist die Lieferung vollständig auszuführen. Mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers oder auf dessen Anforderung, die jeweils mindestens in Textform zu erfolgen hat, kann abweichend von Satz 1 eine Teillieferung vereinbart werden. Etwaige damit zusammenhängende Mehrkosten hat jene Partei zu tragen, in deren Interesse die Teillieferung erfolgt, sofern die Parteien hierzu keine abweichende Vereinbarung treffen.

ABSCHNITT 11: MÄNGELANSPRÜCHE

§ 11.1 MANGELBESEITIGUNG

- (1) Weist eine Leistung einen Mangel auf, stehen dem Auftraggeber die vertraglich vereinbarten sowie ergänzend, die im Gesetz für den Fall von Mängeln vorgesehenen Rechte zu.
- (2) Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer mindestens in Textform über das Vorliegen eines Mangels informieren. Der Auftragnehmer ist seinerseits in gleicher Weise verpflichtet, wenn er hinsichtlich seiner Leistung einen Mangel feststellt oder das Vorliegen eines solchen vermutet.
- (3) Ist im Zeitpunkt der Nacherfüllungsverpflichtung eine Änderungsvereinbarung gem.

§ 9.3 (Innovationsklausel) geschlossen, ist der AN berechtigt und verpflichtet, Ersatzgeräte im Rahmen der Nacherfüllung nach Maßgabe der Änderungsvereinbarung zu liefern.

- (4) Treten gleichartige Mängel bei mehr als 5 Prozent, der gelieferten Abrufmenge auf (Serienfehler), ist der Auftraggeber berechtigt, die gesamte Abrufmenge als mangelhaft zurückzuweisen und die gesetzlichen und/oder vertraglich vereinbarten Mängelansprüche geltend zu machen. Weist der Auftragnehmer nach, dass der Serienfehler auf eine oder mehrere bestimmte Lieferchargen beschränkt ist, beschränkt sich der Anspruch des Satzes 1 auf die betreffenden Chargen.

§ 11.2 VERJÄHRUNG VON MÄNGELANSPRÜCHEN

- (1) Die Frist für die Verjährung von Mängelansprüchen beträgt zwei Jahre ab dem Tag der Übergabe.
- (2) Innerhalb der Verjährungsfrist nach Abs. 1 gerügte Mängel verjähren sechs Monate nach Erhebung der Rüge.
- (3) Wird im Rahmen der Nacherfüllung eine Leistung nachgebessert oder nachgeliefert so beginnt die vereinbarte Verjährungsfrist für die Leistung bzw. den betreffenden Leistungsteil von neuem.

ABSCHNITT 12: VERTRAGSSTRAFEN UND SCHADENSERSATZ

§ 12.1 VERTRAGSSTRAFE BEI VERZUG

- (1) Gerät der Auftragnehmer mit der Leistungserbringung in Verzug, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe zu fordern. Sie beträgt für jeden angefangenen Werktag, außer samstags (bezogen auf den Ort der Leistungserbringung), um den der Termin schuldhaft überschritten wird, 0,3 %, höchstens jedoch 5 % des Nettoauftragswertes der jeweiligen Abrufbestellung.
- (2) Unter Nettoauftragswert wird der tatsächliche Auftragswert pro Abruf, einschließlich aller nachträglichen Änderungen (jeweils ohne Umsatzsteuer), der jeweiligen Abrufbestellung verstanden.

§ 12.2 GELTENDMACHUNG DER VERTRAGSSTRAFE

Der Auftraggeber kann eine Vertragsstrafe mit der Schlusszahlung verrechnen. Ein Vorbehalt hinsichtlich der Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß § 341 Abs. 3

BGB, ist nicht erforderlich.

§ 12.3 VERZUGSSCHADEN NEBEN VERTRAGSSTRAFE

Neben den Vertragsstrafen kann der Auftraggeber Ersatz des Schadens fordern, der sich aus dem Verzug bzw. den Vertragsverletzungen ergibt. Die verwirkte Vertragsstrafe wird in diesem Fall angerechnet. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Rechte des Auftraggebers unberührt.

§ 12.4 NACHWEIS

- (1) Den Parteien bleibt es unbenommen, den Nachweis eines tatsächlich höheren oder geringeren Schadens zu führen.
- (2) Der Auftragnehmer hat das Recht zum Nachweis, dass er den Eintritt eines der vorgenannten Tatbestände nicht zu vertreten hat. Hat der Auftragnehmer einen Tatbestand nicht zu vertreten, wird die Strafe nicht verwirkt.

ABSCHNITT 13: MITGELTENDE UNTERLAGEN

§ 13.1 MITGELTENDE ANLAGEN

Bestandteil dieses Vertrags sind die nachfolgend aufgelisteten Anlagen, die mit diesem Vertrag zu einer Einheit verbunden werden:

- Anlage: Übersicht Vergabeunterlagen
- Anlage: Leistungsbeschreibung
- Anlage: Leistungsverzeichnis_Preisblatt
- Anlage: Katalog Template_Proactis
- Anlage: Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt
- Anlage: Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderung
- Anlage: Besondere Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen
- Anlage: Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG
- Anlage: Information_Hinweismeldesystem
- Anlage: Vertraulichkeitsvereinbarung (entspricht Formblatt 9)